Einzelnummer 10 Pf.

# Arbeiter-Stimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostsachsen

Erscheint jeden Werktag nachmittag ★ Bezugspreis halbmonatlich frei ins Haus 1 Mark (monatlich 2 Mark); durch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 2 Mark) ohne Zustellungsgebühr einschließlich der Beilagen „Der kommunistische Gewerkschafter", „Der kommunistische Genossenschafter", „Die Kommunistin", sowie der illustrierten Beilage „Der rote Sturm" ★ Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 3, I. Fernsprecher: 17 250. ★ Redaktion: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 3, I. Sprechstunden der Redaktion: Täglich nachmittags von 5—6 Uhr. Sonnabends von 4—5 Uhr ★ Postscheckkonto Nr. 13 353 Dresden, Emil Schlegel ★ Anzeigenpreis: 30 Goldpfennige für die neunmal gespaltene Nonpareillezeile, 20 Goldpfennige für die Familienanzeigenspalte, 20 Goldpfennige für die Reklamezeile entsprechend an den bezeichneten Tagen ★ Anzeigen tags vorher bis 4 Uhr nachmittags erbeten.

1. Jahrgang — Freitag, 26. Juni 1925 — Nummer 62

## „Wenn ihr die Rechten herausschmeißt, müßt ihr auch den Parteivorstand herausschmeißen"

### Zum Leipziger Schiedsgericht der SPD. Die Linken wollen Berufung an den Parteitag. Arbeiter, heraus aus der SPD.

Die sonst über den Konflikt in ihrer Partei und über den Kampf der Linken gegen die Rechten sehr schreibselige „Dresdner Volkszeitung" bringt über den Verlauf ihres Parteischiedsgerichts in Leipzig nur ganze 15 Zeilen. Es wird dort den SPD-Arbeitern mitgeteilt, daß das Schiedsgericht mit 4 gegen 3 Stimmen entschieden habe, daß der Ausschluß der Fraktionsmehrheit **nicht aufrechtzuerhalten sei und daß dieses gleiche Schiedsgericht oder mindestens der Vorsitzende des Schiedsgerichts Deist aus Dessau auch in Dresden den Spruch fällen werde.** Das bedeutet also, die Brühe, Kühn, Büttner, Wirth usw. sind und bleiben auch hier Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei. Die sonst so „tapferen Linken" ziehen ganz selbstverständlich aus diesem Verhalten des Parteivorstandes **keineswegs die Konsequenzen.** Sie finden nur an, daß sie beim Parteitag als der letzten Instanz Berufung einlegen werden. Die Linken wagen es immer noch auf die Dummheit der SPD-Arbeiter zu spekulieren. Denn so naiv werden selbst die Arzt- und Weckel-Leute nicht sein, daß sie glauben, der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei werde eine andere Entscheidung treffen, als die Mehrheit des Schiedsgerichts. Die Entscheidungen des letzten Parteitages der SPD., von denen bekannt wurde, daß damals nicht die Rechten, sondern die Linken sichtlichst gebettelt hatten, weiter in der Sozialdemokratischen Partei verbleiben zu dürfen, sind noch allgemein bekannt.

Weder das Schiedsgericht, noch der Parteitag konnten und konnen eine andere Entscheidung treffen, denn die Politik der 23 in Sachsen ist die Politik des Parteivorstandes und damit die Politik der gesamten Sozialdemokratischen Partei. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, wurde das auf dem Schiedsgericht in Leipzig durch den Vorsitzenden Deist auch recht drastisch und deutlich zum Ausdruck gebracht, indem er den Vertretern der Linken erklärte: **„Wenn ihr die Rechten herausschmeißt, müßt ihr auch den Parteivorstand herausschmeißen."** Deutlicher kann wohl die Politik der SPD. nicht charakterisiert werden. Deutlicher aber auch den Arbeitern der SPD. in Sachsen nicht klar gemacht werden, die Rolle der Sozialdemokratischen Partei, die vollständige Ohnmacht der Linken und die glatte Unmöglichkeit, von Sachsen aus die Politik der SPD. durch die sogenannte „linke Strömung" zu beeinflussen oder zu ändern.

Noch vor wenigen Tagen wagte es der „linke" Liebmann — der jetzt schweigt — im sächsischen Landtag zu erklären, die Gesamtpartei, also auch der Parteivorstand, gehe in Opposition, billige und betreibe die Politik der Linken. Wir haben damals den SPD-Arbeitern gesagt, daß diese Ausführungen Liebmanns eitle Demagogie seien. Jetzt haben die SPD-Arbeiter wieder einmal die volle Bestätigung. Es liegt ganz in der Linie der Politik der Sozialdemokratischen Partei, die im Reich die monarchistische Luther-Regierung stützt, ihr über alle Schwierigkeiten hinweghilft, daß die Rechten in Sachsen mit der Deutschen Volkspartei durch dick und dünn gehen und allen München des Bürgertums weitgehendst entgegenkommen. Erst gestern lehnten die 23 gemeinsam mit den Bürgerlichen einen Antrag der Kommunisten **zum Kampf gegen den Zollwucher** ab. Ebenso wurde abgelehnt ein Antrag, den Arbeitern der Meißner Porzellanwerke einen ihnen gewährten Vorschuß zu erlassen. Gegen diesen Antrag stimmten aber auch die Linken, unter anderen der oft überradikale Menke. Als die Kommunisten vor einigen Tagen forderten, daß die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten der Staatstheater erhöht werden, lehnten die Sozialdemokraten diesen Antrag ab. Dagegen stimmten sie für eine Erhöhung der **Aufwandsentschädigung des Ministerpräsidenten von 5000 auf 12 000 Mark** pro Jahr. Die Rechten stimmten in derselben Sitzung gegen die Einführung sanitärer Einrichtungen in den Holzbearbeitungswerkstätten der Staatstheater. Dafür bewilligten **die gesamten Sozialdemokraten** mit den Bürgerlichen dem **Generaldirektor der Staatstheater die Kleinigkeit von 55 000 Mark Jahreseinkommen.**

Wir könnten die Beispiele der arbeiterfeindlichen Politik der Sozialdemokraten noch um eine ganze Reihe verlängern. Wir glauben aber, daß diese wenigen Tatsachen aus den letzten Tagen genügen. Den Arbeitern Sachsens ist die Gesamtpolitik der Sozialdemokraten zur Genüge bekannt. Wir verweisen nur noch auf einen an anderer Stelle von uns heute zum Abdruck gebrachten Auszug über die Stellung der Sozialdemokraten zur Steuervorlage. Dort erklärt der „Vorwärts": **„Wir sind nicht grundsätzlich gegen die Zölle."** Gestern haben wir schon gezeigt die Stellung des Vertreters der sächsischen sozialdemokratischen Regierung im Reichsrat.

Die Arbeiter Sachsens erinnern sich der Szenen und Reden bei der Behandlung der Gemeindeordnung in Sachsen. Die Rechten unterstützten den Raub der geringen Rechte der Arbeiter in den Gemeinden. Die Linken führten dazu ein parlamentarisches Techtelmechtel auf. Sie bedachten die Rechten mit dem ganzen zur Verfügung stehenden Schimpfwörterlexikon. Der Landtag hallte immer wider von Zurufen wie „Verräter, Verbrecher, Agenten der Bourgeoisie, Schweinigel" usw. Nun hat das Leipziger Schiedsgericht entschieden, daß diese Verbrecher, Verräter usw. Mitglieder der SPD. sind und die Politik der Agenten der Bourgeoisie die Politik der SPD. ist. Darüber können Redensarten jetzt nicht mehr hinweghelfen. Nicht nur die Kommunisten, sondern auch die gesamten sächsischen Arbeiter können jetzt ersehen, daß sie in der Sozialdemokratischen Partei keinen Kampf gegen den Kapitalismus führen können. Auch dann nicht, wenn sie sich bewußt oder gefühlsmäßig um die Linken scharen. Die Linken haben in der SPD. nichts zu bestimmen. Sie sind nur noch geduldet, man erlaubt ihnen, die oppositionelle Stimmung der Arbeiter aufzufangen und diese Arbeiter an die Sozialdemokratische Partei zu binden. Mehr nicht. Die Politik bestimmen die Wels und Heilmann, die Brühe und Kühn. Jede Unterstützung, die die sozialdemokratischen Arbeiter und die Arbeiter überhaupt der SPD. noch gewähren, ist eine Unterstützung für die Agenten der Bourgeoisie und damit der Kapitalisten. Die SPD. ist die Hilfstruppe des Kapitals, und jetzt, nach dem Leipziger Schiedsgericht, sieht jeder Arbeiter das deutlich, und linke Drapierungen können keinen Arbeiter mehr darüber täuschen.

Werden die linken Führer daraus die Schlußfolgerungen ziehen? Nein! Sie werden weiter alles aufbieten, um in der Partei verbleiben zu können. Denn sie sind im Grunde zum weitaus größten Teil nicht einmal in Nuancen etwas anderes als wie die Brühe und Konsorten. Auch sie sind zum größten Teil gebunden an das Bestehen des kapitalistischen Staates. Bei ihnen sind pensionierte Minister, Schulleiter und Direktoren oder solche Angestellte, welche ein Interesse daran haben, daß die jetzige Form der Organisationen bestehen bleibe. Ihnen allen gemeinsam ist die Furcht vor der Revolution. Schon schwenkt Lipinski mit Etlichkeiten in das Lager des Parteivorstandes. **Die anderen werden bald folgen.**

Für die sächsischen Arbeiter, auch besonders für die Arbeiter in der Sozialdemokratischen Partei, liegen aber die Dinge anders. Sie haben kein Interesse an der Erhaltung der kapitalistischen Macht und der Erhaltung von Organisationsformen, die den Machtkampf des Proletariats hemmen. Die Arbeiter haben nichts zu verlieren, sondern können nur gewinnen. Die Arbeiter müssen wissen, daß nur die Kommunistische Partei für die Interessen der Arbeiter kämpft. Deswegen gibt es für die Arbeiter nur eine Lösung. Kämpfen unter dem Banner des Kommunismus! Gegen die Hungertrust! Gegen die Ausbeuter! Gegen die Kriegsgefahr! **Darum verlaßt die Partei der Verräter.**

---

## Kämpft die Sozialdemokratie gegen den Schutzzoll?

Das Zentralorgan der Sozialdemokratie, der „Vorwärts", schrieb am 20. Juli 1924:

„Wir sind durchaus nicht Gegner von Zöllen, die den Handelsverträgen zugrunde gelegt werden. Der Abschluß solcher Verträge ist in der Tat die einzige Grundlage für eine freie Handelspolitik, die die internationalen wirtschaftlichen Beziehungen fördert."

Darin erklärt sich die Sozialdemokratie eindeutig für die Zölle. Der „Vorwärts" schreibt aber in den letzten Tagen, daß niemand daran zweifelt, daß die Demokratie einen ernsthaften Kampf gegen die Zölle führt. Welchem „Vorwärts" soll man glauben?

## Einen Monat Mehrarbeit umsonst

Wenn der neue Zolltarif in Kraft tritt, so fällt auf den Kopf der Bevölkerung, wenn man den Vorkriegsverbrauch zugrunde legt, eine Belastung durch diese Zölle in der Höhe von 35,70 Mark. Da in Deutschland die meisten Arbeiterfamilien mindestens 4 Personen umfassen, bedeutet das nichts anderes, als daß der Arbeiter gezwungen sein wird, einen Monat im Jahr umsonst für die Großagrarier mehr zu arbeiten. Gegen diesen unverschämten Ausbeutungsfeldzug heißt es den schärfsten Kampf zu führen!

## Die Zollvorlage wird durchgepeitscht

### Die SPD. weicht dem Kampf aus. — Für „maßvollen" Schutzzoll.

Im Reichstag fand gestern die Fortsetzung der Zolldebatte statt. Der Sprecher der Völkischen setzte sich für den Getreidezoll ein. **Toni Sender von der SPD.** fand noch radikalere Worte gegen die Zölle wie gestern ihr Fraktionskollege. Der Kern ihrer Ausführungen war,

**daß die Sozialdemokraten für einen maßvollen Zoll zu haben sind.**

Sie wandte sich gegen die Zölle für Agrarprodukte und erklärte, daß die Sozialdemokraten eventuell sogar bereit seien, für die Aufhebung der Ausfuhrschranken und der Umsatzsteuer einzutreten. Auf die Frage, die gestern **Genosse Rosenberg** an die Sozialdemokraten stellte, ob sie für eine wirkliche Beseitigung aller Zölle, sowohl für Industrie- wie Agrarprodukte sind, antwortete Toni Sender, daß die Sozialdemokraten für den Abbau der Zölle (sie sagte nicht welcher) eintreten würden bis zum schließlichen Verschwinden der Zölle.

**Genosse Hörnle**

erklärte, daß die Koalition zur Durchführung der Brot- und Eisenzölle schon weit bis in die Mittelparteien hineinreißt. Wenn man bei den Steuern den Massen **des Volkes noch** vortäuschen kann, daß die dafür aufgebrachten Summen dem Staat und damit der Allgemeinheit zufließen, **so sieht die Sache bei** den Zöllen wohl anders aus, denn

**50 Prozent der Summen, um die die Preise durch den Zoll gesteigert werden, fließen in die Taschen der Industriellen und Agrarier.**

Das Argument der Regierung, daß durch die Zölle die Mißverhältnisse zwischen den Preisen der Agrar- und Industrieprodukte überwunden werden müsse, ist ein Täuschungsmanöver. Bürgerliche Wissenschaftler stellen auch hier das Gegenteil fest. Selbst die Reichsstatistik gibt zu, **daß die Brotgetreidepreise im April dieses Jahres 13½ Prozent über den Friedenspreisen stehen,** während die Preise für landwirtschaftliche Maschinen nur 26,7 Prozent darüber standen. Die Hochschutzzölle **auf die** Industrie- und Agrarprodukte führen zu weiterer Trustbildung und damit zu einer Diktatur der großen Syndikate. Mit dieser Hungerdiktatur der großen Trusts, Syndikate und Kartelle ist eine Festigung und Stärkung der politischen Diktatur der Bourgeoisie verbunden. Was das Getreidemonopol der Großagrarier bedeutet, haben wir erfahren, als der Landbund den Lieferstreik organisierte, als durch Umlage das Getreide und die Milch zurückgehalten wurden und **dadurch Hungersnot in die Industriezentren der arbeitenden Massen getragen wurde.** Das Argument der Agrarier von der Ernährung der eigenen Scholle ist eine Utopie. Das Argument der Landbündler von der Ernährung der eigenen Scholle führt zum Agrarstaat und damit zu dem Versuch

**auf Kosten von 20 Millionen darbenden Proletariern die Macht der Bourgeoisie zu retten.**

Genosse Hörnle weist dann nach, daß die Rechtsparteien mit ihrer Argumentation, daß dem kleinen Bauern die Schutzzölle nützen, falsch ist. Die Kleinbauern erhielten zu den Steuerlasten noch die Lasten der Industrie-, Futtermittel- und Sämereizölle aufgebürdet. Langsam beginnen auch die Kleinbauern die Demagogie des Landbundes einzusehen. Genosse Hörnle verliest mehrere Briefe von Kleinbauern aus Thüringen, Ostpreußen und dem Erzgebirge-Vogtland, aus denen hervorgeht, **daß die Kleinbauern einsehen, daß sie von dem Landbund übers Ohr gehauen worden sind** und daß für sie nur der Ausweg des Kampfes mit den Arbeitenden gegen den Steuerraub und gegen den Zollwucher übrig bleibt.

**Wo bleibt der Kampf der Sozialdemokratie?**

Was tut der ADGB.? Wenn der ADGB. und die SPD. einen ernsten Kampf gegen die Zollvorlage führen wollen, dann ist das doch nur mit außerparlamentarischen Mitteln möglich. Noch ist es Zeit, die Massen in den Betrieben und in den Gewerkschaften zu mobilisieren. Wir fragen: **Wo sind die Demonstrationen der Massen, die allein den Versuch, den arbeitenden Massen die Kehle zuzudrücken, vereiteln können?** Es ist die Aufgabe der arbeitenden Massen, sofort in den Betrieben und Gewerkschaften selbst Stellung zu nehmen und von ihren Führern **dadurch,** daß sie auf die Straße marschieren, die Aktion gegen die Zölle zu fordern.

Nachdem noch die übrigen bürgerlichen Parteien für die Zölle sich ausgesprochen, wird die Vorlage an den Ausschuß verwiesen.

---

## Einmütigkeit in der Unterwerfungspolitik

Wie aus Berlin mitgeteilt wird, hat die Reichsregierung in zwei Sitzungen zu der Antwortnote Briands Stellung genommen. Die Reichsregierung ist dabei, so lautet die orakelhafte Mitteilung, zu dem Entschluß gekommen, die bisherige Politik fortzusetzen. **Praktisch also, man wird alles schlucken,** was die Ententeräuber bringen, **weil damit den deutschen** Kapitalisten am besten gedient, und sie eine **restlose Plünderung** der deutschen Arbeiter durchführen können.